Sicherheitsoptionen für Österreich

Autor(en): **Fasslabend, Werner**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **165 (1999)**

Heft 3

PDF erstellt am: **19.03.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-65919

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Sicherheitsoptionen für Österreich

Werner Fasslabend

In Wien haben Experten mitteleuropäischer Länder die Konsequenzen der NATO- und EU-Erweiterungsbeschlüsse diskutiert. Dabei stand die Mitverantwortung der kleineren Staaten, sich aktiv an der Schaffung einer grossräumigen Stabilisierung zu beteiligen, im Vordergrund. C.R.

1997, das Jahr der Weichenstellungen

Im Jahr 1997 erfolgte ein «Jahrhundertereignis». 1997 kam es zum NATO-Russland-Vertrag und zur Erweiterungsentscheidung der NATO und damit zum ersten Schritt der effektiven Überwindung des Jalta-Abkommens, das Europa über 50 Jahre geteilt hatte. Nun kann die Neugestaltung Europas nicht nur ideell in Angriff genommen werden, sondern ganz real. Europa soll nach den einheitlichen Ordnungsprinzipien von Demokratie, Menschenrechten und Marktwirtschaft aufgebaut werden.

Massgebende Ordnungskraft unserer Zeit ist das Selbstbestimmungsrecht der Staaten, d. h. das Recht, eine selbst gewählte Ordnung anzunehmen. Dies ist in der Geschichte dieses Kontinents erstmalig.

Die stärksten bestehenden Ordnungsstrukturen sind zweifellos einerseits die Europäische Union im politisch-wirtschaftlichen Sektor, andererseits die NATO im sicherheitspolitischen Bereich.

Zeitlich begrenzte Gelegenheit

Alle Neuordnungen Europas der letzten zweihundert Jahre sind mehr oder weniger aus sicherheitspolitischen Erlebnissen entstanden. So entsprang die Neuordnung Europas am Wiener Kongress aus den Napoleonischen Kriegen, die Umgestaltung Europas in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts aus dem Ersten Weltkrieg und die Ordnung von Jalta aus dem Erlebnis des Zweiten Weltkrieges. Heute besteht wahrscheinlich wieder nur ein kleines Zeitfenster, um aus dem Erlebnis des kalten Krieges eine neue Ordnung aufzubauen, d. h. wahrscheinlich nur solange die Erlebniskraft dieser Erfahrung andauert.

Grossräumige Stabilisierung als Zielsetzung

Die wichtigste sicherheitspolitische Zielsetzung bei der Schaffung einer neuen Ordnung ist die dauerhafte, grossräumige Stabilisierung der Region. Dies ist von besonderem Interesse für Österreich, da es sich in unmittelbarer räumlicher Nähe des aktuellen und ständigen Krisenherdes Balkan befindet. Wenn wir grossräumig denken, zeigt sich, dass Österreich auch in der Nähe von Instabilitätszonen gelegen ist, wo neue Bedrohungen und Gefährdungen für Europa entstehen können, z. B. im Maghreb und im Nahen Osten. Das Sicherheitsinteresse von Österreich ist daher speziell hoch.

Echte Alternative zur NATO möglich?

Wer davon ausgeht, dass die Sicherheitspolitik in Europa ohne die NATO gestaltet werden kann, der versucht das Effizienzprinzip durch das Prinzip der Hoffnung zu ersetzen. Kleine und mittlere Staaten sind nicht in der Lage, die sicherheitspolitischen Ziele der Stabilisierung, der Konfliktprävention und des Krisenmanagements alleine zu bewältigen. Diesen Herausforderungen kann nur mit einem hocheffizienten Instrumentarium begegnet werden, eine Alternative dazu gibt es auf absehbare Zeit nicht.

Aus der Sicht Österreichs ist es wichtig, dass die geltende Ordnungskraft des Selbstbestimmungsrechts nicht isoliert von der Grösse, der Stärke und der Tradition des Staates beurteilt werden kann. Sicher ist das Selbstbestimmungsprinzip für kleine oder mittlere Staaten von grösserer Bedeutung als für Grossstaaten. Ein Blick in die Geschichte belegt, dass kleinere Staaten immer wieder darum kämpfen mussten. Für Österreich ergibt sich aus seiner Gesamtsituation die klare Notwendigkeit, schon an der Neugestaltung der Ordnung mitzumachen, um damit auch den übergelagerten Ordnungsfaktor in Anspruch nehmen zu können, der Garantie und Instrument für die wirkungsvolle Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes ist. Dies bedeutet, dass die NATO-Vollmitgliedschaft für Österreich eine wesentliche Voraussetzung für das Schaffen eines Gestaltungsrahmens und die Ausübung der Mitwirkungsmöglichkeiten ist.

Mitgestaltungsfunktionen Österreichs

Das österreichische Selbstverständnis war im Laufe der Geschichte nie auf Isolation, sondern immer auf eine Form von Integration ausgerichtet. Selbst in der Zeit seiner selbstauferlegten Neutralität war Österreich nie auf Distanz zu anderen bedacht, sondern versuchte Brücken zu schlagen, zu vermitteln, zu koordinieren.



Werner Fasslabend, Dr., Bundesminister für Landesverteidgung, Wien.

Dem entspricht auch die derzeitige Verbindungsaufgabe zwischen der festgefügten Gemeinschaft von Westeuropa, die gleichzeitig Mitglieder der Europäischen Union und der NATO und Ostmitteleuropa umfasst. Österreich besitzt diese Verbindungsfunktion durch die EU-Mitgliedschaft auf wirtschaftlichem Gebiet. Solange es nicht Mitglied der NATO ist, kann es aber den sicherheitspolitischen Prozess nicht mitgestalten.

Der Grossteil der EU-Partner erwartet, dass Österreich bald an der NATO teilnimmt, um beim Voranschreiten des integrativen Prozesses behilflich zu sein.

Entscheidende Bedeutung der Integration

Österreich erachtet die Integration als den einzigen Weg, um in Europa eine **dauerhafte Stabilität** zu erreichen. Das Beschreiten dieses Weges bedeutet auch mehr Sicherheit für Österreich. Darüber hinaus ist es klar, dass Sicherheit im Verbund auch eine kostengünstigere Lösung der Sicherheit zur Folge hat. Von einem Integrationsprozess gehen positive ideelle Wirkungen aus, so wie eine Nichtbeteiligung im eigenen wie in anderen Ländern negative Folgen haben kann. Österreich, nahe dem Krisenherd Balkan, muss ein eminentes Interesse haben, Mitwirkungsmöglichkeiten am derzeit effizientesten Sicherheitsinstrumentarium, der NATO, zu erhalten.

Die Rolle als Zaungast hätte zur Folge, dass Österreich viele Informationen und Mitentscheidungsmöglichkeiten nicht zugänglich wären, welche angesichts des vorhandenen grossen inneren Bezugs zum krisengeschüttelten Balkan wichtig sein könnten. Österreich ist der EU-Staat, neben Griechenland und Italien, der sich am ehesten für das Geschehen im Balkan interessieren muss.

Altes Denken überwinden!

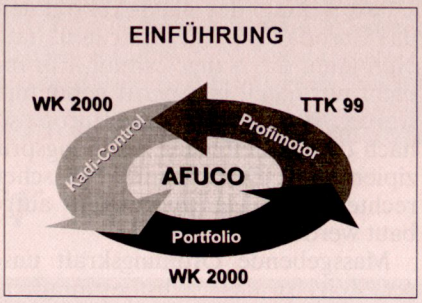
Für Österreich und viele kleine Staaten gibt es nicht nur das Problem der eigenen Sicherheit, sondern auch die Frage, ob in Zukunft weiterhin nur einige Grosse die Sicherheitspolitik wahrnehmen oder ob sie sich dafür selber verantwortlich fühlen. Sind sie mündige, voll verantwortliche Staaten oder überlassen sie die Neugestaltung auf diesem Kontinent, obwohl sie alle betrifft, den Grossen? Dies ist eine **Schlüsselfrage der Gegenwart.**

De facto gibt es **für Österreich keine Alternative** zur Mitgliedschaft bei der NATO. Angesichts des laufenden Prozesses wäre es daher richtig, den Beitritt so rasch wie möglich zu vollziehen, um das eigene Handlungspotential so umfassend wie möglich wahren zu können. ■

Divisionsrapport: Das Notwendige gründlich tun!

In seiner sicherheitspolitischen Lagebeurteilung ging Divisionär Beat Fischer konkret auf aktuelle Konflikte ein, die mittelbar oder unmittelbar auf die Schweiz wirken. Klar äusserte er sich dabei zur Migrationsproblematik und dem subsidiären Einsatz als Armeeauftrag.

Die Ausbildung und das damit verbundene Controlling der F Div 8 wurden vertieft dargestellt. Dank der modernen Methode gelang es auf allen Stufen der Division, vereinbarte Ziele messbar besser zu erreichen. Dem einzigen Schwachpunkt, der aufwendigen Administration nämlich, soll bereits im TTK 99 und im WK 2000 mit einem Informatikmittel entgegengewirkt werden. AFUCO, Ausbildungs-Führung und -Controlling, heisst das Software-Zauberwort.



Der Generalstabschef ging in seinen Ausführungen zur Armee XXI u.a. auf die sicherheitspolitischen Leitlinien ein. Seine Schlussfolgerungen: Mehr Kooperation, eine Neugewichtung des Auftrages, besserer Verbund der Mittel und ein «Ja–aber» zur Milizarmee! In einer professioneller organisierten Armee sollen auch künftig hohe Kommandofunktionen von Milizoffizieren ausgeübt werden können. Major Werner Zeller

